

Die neue afghanische Verfassung

Loya Jirga einigt sich auf Verfassung für Afghanistan

Nach wochenlangen Beratungen haben sich die rivalisierenden Gruppen in Afghanistan auf eine Verfassung verständigt. Die 502 Abgesandten der **Loya Jirga** verabschiedeten den Entwurf, auf den sie sich nach vielen Streitigkeiten geeinigt hatten. Mit der Einigung auf eine Verfassung ist theoretisch der Weg frei für die ersten demokratischen Parlamentswahlen nach einem von Krieg und Gewalt gezeichneten Vierteljahrhundert in Afghanistan.

Die Verabschiedung der Verfassung war die Voraussetzung dafür, dass in diesem Jahr die ersten freien Wahlen in Afghanistan abgehalten werden können. Voraussichtlicher Wahltermin ist im Juni. Im Vielvölkerstaat Afghanistan zählen mehr als 50 Prozent der 25 Millionen Einwohner zum **Staatsvolk** der **Paschtunen**, die das Land traditionell beherrschten. Die **Tadschiken** machen etwa ein Viertel aus, **Usbeken** und **Hasara** je ein Zehntel.

«Wir sind sehr glücklich, dass alle Mitglieder der Loya Jirga eine sehr erfolgreiche Einigung erzielt haben», sagte Versammlungsleiter **Sibghatullah Mudjaddedi**.

Den Verfassungsentwurf hat eine vor einem Jahr eingesetzte 36 Mitglieder zählende Verfassungskommission erarbeitet. Die Verfassung hat **zwölf Kapitel** und insgesamt **160 Artikel**. Der offizielle Staatsname soll künftig **Islamische Republik Afghanistan** lauten. Das von den fundamentalistischen Taliban praktizierte islamische Recht, das Männer zum Tragen von Bärten zwang und Frauen den Besuch von Schulen verbot, wird aber wohl nicht wieder eingeführt werden.

Einige Auszüge der neuen Verfassung

Artikel 1: "Afghanistan ist eine Islamische Republik, ein unabhängiger, einheitlicher und unteilbarer Staat."

Artikel 2: "Die Religion der Islamischen Republik Afghanistan ist die heilige Religion des Islam. Die Anhänger anderer Religionen können ihren Glauben und ihre religiösen Rechte im Rahmen der Bestimmungen der Gesetze frei ausüben."

Artikel 3: "Kein Gesetz kann dem Glauben und Bestimmungen der heiligen Religion des Islam entgegengesetzt sein."

Artikel 16: "Die Amtssprachen sind Paschtu und Dari. In Gegenden, wo die Mehrheit Usbekisch, Turkmenisch, Pashai, Nuristanisch oder Pamiri spricht, sind diese Sprachen zusätzlich zu Dari und Paschtu Amtssprachen."

Artikel 22: "Jede Form der Diskriminierung und Bevorzugung unter den Bürgern Afghanistans ist verboten."

Artikel 23: "Die Bürger Afghanistans, ob Männer und Frauen, haben gleiche Rechte und Pflichten vor dem Gesetz."

Artikel 60: "Der Präsident ist das Staatsoberhaupt der Islamischen Republik Afghanistan und übt seine Amtsbefugnisse in der Exekutive, der Legislative und der Judikative in

Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieser Verfassung aus. Der Präsident soll zwei Vizepräsidenten haben, einen ersten und einen zweiten."

Artikel 69: "Der Präsident ist vor der Nation und dem Wolesi Dschirga [Haus des Volkes] in Übereinstimmung mit diesem Artikel verantwortlich. Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Landesverrats oder krimineller Handlungen können von einem Drittel der Mitglieder des Wolesi Dschirga vorgebracht werden."

Artikel 81: "Die Nationalversammlung der Islamischen Republik Afghanistan als das höchste gesetzgebende Organ ist die Manifestation des Volkswillens und vertritt die ganze Nation."

Artikel 82: "Die Nationalversammlung besteht aus zwei Häusern, Wolesi Dschirga [Haus des Volkes] und Mishrano Dschirga [Haus der Älteren]."

Die religiösen Fundamentalisten wollten sich nicht damit begnügen, dass der Islam zwar als Staatsreligion in der Verfassung verankert wird, nicht aber die **Scharia**, die **islamische Rechtsprechung**. In diesem Punkt mussten sie klein beigeben. Ganz im Gegensatz zu jenen weiblichen Abgeordneten, die erstaunlicherweise einen Antrag durchbrachten, der **Frauen und Männern** in der neuen Verfassung **gleiche Rechte** einräumt.

Doch am Ende waren es nicht diese wirklich grossen Themen, an denen die Verfassung fast gescheitert wäre. Der Teufel sass in fast schon nebensächlichen Details. So etwa ging es am Ende um die Frage, ob Usbekisch - neben dem Paschtu der Paschtunen und dem Dari der Tadschiken - als dritte Landessprache in die Verfassung aufgenommen werden soll. Ob Afghanen, die über eine Doppelbürgerschaft verfügen, ein Ministeramt bekleiden können, war eine weitere Knacknuss.

Über die Einzelheiten der am letzten Tag der Loya Jirga eingegangenen Kompromisse wurde noch nicht viel Konkretes bekannt. Dem Vernehmen nach haben sich die Delegierten in diesen zwei Fragen aber auf folgende Kompromisse geeinigt: Auf Verlangen der Paschtunen bleiben zwar Paschtu und Dari die einzigen offiziellen Landessprachen. In jenen Gebieten aber, in welchen die ethnischen Usbeken in der Mehrheit sind, wird auch Usbekisch als offizielle Sprache anerkannt. Und was die doppelte Staatszugehörigkeit künftiger Minister angeht, so soll das Parlament von Fall zu Fall entscheiden, ob ein solcher Minister für Afghanistan tragbar ist. Mindestens zwei von **Karzais** engsten Vertrauten im Kabinett sollen neben der afghanischen auch über die **amerikanische Staatsbürgerschaft** verfügen.

Hoffnungen und Gefahren

Mit Würgen und Biegen ist also Afghanistan nun doch noch zu einer neuen Verfassung gekommen. Damit ist der Weg für Neuwahlen in diesem Jahr geebnet. Ob allerdings die Verfassung die Hoffnungen auf ein demokratisches Afghanistan erfüllen wird, ist weiterhin ungewiss. Das hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich künftig auch die regionalen Kriegsfürsten, welchen durch eine starke Zentralregierung um ihre Pfründen und ihren Einfluss fürchten müssen, an die neue Ordnung in Afghanistan halten werden.

Auch UN-Generalsekretär **Kofi Annan** begrüßte die neue Verfassung als eine "historische Errungenschaft. Sie demonstriere die Entschlossenheit der afghanischen Bevölkerung, den Übergang ihres Landes zu einem stabilen und demokratischen Staat zu vollziehen. Der UN-Sondergesandte **Lakhdar Brahimi** meinte an die Adresse der Delegierten: "Sie können stolz sein auf das, was Sie geleistet haben." Die Afghanen könnten die neue Verfassung "als eine neue Quelle der Hoffnung" betrachten.